



Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus	
Gemeinderat	17.05.2021	öffentlich	Beschluss

Antrag der Fraktion USU-100%Uni-JNeu und der FDP auf Prüfung der Ummeldemöglichkeiten für Studenten der Universität d. Bundeswehr und E-Government-Lösungen u.A.

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.04.2021 (Posteingang per Email am 08.04.2021) stellt die Fraktion USU-100%Uni-JNeu und die FDP nachfolgenden Antrag zur nächsten Gemeinderatssitzung:

I. Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Ummeldung für Studenten der Universität der Bundeswehr zentral und in der Liegenschaft der Universität erfolgen kann.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Zuge dessen beispielsweise ein „tragbares Bürgerbüro“ eine moderne und flexible Verwaltungsarbeit direkt vor Ort mit mobilen Bürgerdiensten ermöglichen kann.
3. Die Verwaltung wird beauftragt an die Leistung der Universität heranzutreten und im Dialog die Interessen der Universität in die Umsetzung miteinzubringen.
4. Die Verwaltung wird während der Kontaktaufnahme zur Universität beauftragt zu prüfen, ob Interesse an einem „Willkommensfest“ an der Universität für die „Neubürger“ mit allen ehrenamtlichen Vereinen der Gemeinde besteht, um junge engagierte Bürger zu gewinnen und die Integration in die Gemeinde samt allen Synergieeffekten voranzutreiben.

II. Begründung:

Jedes Jahr kommen an einem Montag Ende September etwa 1000 junge Studenten als Soldatinnen und Soldaten oder zivile Studenten an die Universität der Bundeswehr unserer Gemeinde Neubiberg. Die Zahl ist ansteigend durch das Anwachsen der Einstellungen und den Bau neuer Unterkünfte. Mit dem Bezug einer Unterkunft gemäß des Campus-Konzeptes der Universität ergibt sich bei fast allen die Pflicht zur Ummeldung bzw. Anmeldung in der Gemeinde Neubiberg.

Während in der „Einführungswoche“ dieser Ankunft Ende September alle Stellen der Universität abgelaufen werden, von Personalakten über Zugangskarten und die Einschreibung im Prüfungsamt sowie vielem mehr, wird die gesetzlich verpflichtende Anmeldung nicht vorgenommen und ist auch nicht auf der Liste aufgeführt. Stattdessen wurden dann ohne Wissen der genauen „Zimmer/Apartment-Adresse“ zumeist Briefe an die Sammelpostfächer der militärischen Fachbereiche gesendet und die Ummeldung gefordert. Ob bei der Masse ohne persönliche Zustellung zur „Zimmer/Apartment-Adresse“ mit dauerhaft offenen Sammelplätzen alles ankommt ist zu bezweifeln, Hier ergaben sich Verzögerungen, Unklarheiten, Fragen und eine weitere Belastung durch den sofortigen Studienbeginn. Teilweise finden bereits in der Einführungswoche Vorkurse statt und ein Gang zum Rathaus wird vielfach zur größeren Thematik. In den vergangenen Jahren hatte dies negative Konsequenzen und führte zu Spannungen sowie einer unter Anderem daraus begründeten Einstellung gegenüber der Gemeinde. Fehlendes Verständnis oder Ansprechpartner vor Ort bezüglich der Pflicht zur Ummeldung, falsche Zustellung der ersten Briefe mit der Aufforderung zur Umsetzung und sich anschließende Mahnungen, versäumte



Sitzung am 17.05.2021, TOP Nr.8

Sachbearbeiter: Vera Ketterer / Büro 1. Bürgermeister und Geschäftsleitung

Ummeldungen aufgrund von fehlender Zeit für Behördengänge oder weil man durch das System gerutscht ist, ließen sich anders viel leichter vermeiden und bleiben dann Vergangenheit.

Aufgrund der außerordentlichen Situation, dass so viele „Neubürger“ in einem Ort an einem Zeitraum sind andere Städte dazu übergegangen die Ummeldung vor Ort zu ermöglichen. Dem könnte sich Neubiberg als zukunftsfähige und moderne Gemeinde anschließen, um direkt einen positiven Eindruck zu hinterlassen.

Die Studenten nutzen in der Regel kaum die soziale Infrastruktur oder kostenintensive Gemeindliche Leistungen, sondern wirken zum Beispiel intensiv mit viel Engagement in der Feuerwehr mit. Dazu kommt die Kaufkraft und anteilige Einkommenssteuer für die Gemeindekasse. Hier stellt sich eine ausdrücklich von den Studenten erwünschte Möglichkeit zu geringen Kosten eine sinnvolle Modernisierung umzusetzen.

Eine Idee dazu wäre ein „tragbares Bürgerbüro“(Koffer). Bereits im Jahr 2016 berichtete KOMMUNAL, das Magazin für Bürgermeister, Kommunalpolitiker und Verwaltung, über die Anschaffung von Bürgerkoffer für E-Government-Lösungen.

Den Kommunen wird es hierbei auch möglich auf die Bedürfnisse älterer und körperlich beeinträchtigter Menschen einzugehen, also könnte dies auch allen Bürgern der Gemeinde dienen. Beantragen und Aushändigen von Ausweisdokumenten, biometrische Fotos schießen, Fingerabdrücke scannen – all das kann das mobile Bürgeramt. Die Prüfung und der Dialog sollten allerdings ergebnisoffen stattfinden.

Dem Sachverhalt liegen folgende Unterlagen bei (im RIS unter Vorlagenr.: 2021/4820 abrufbar):

- Anlage 1: Antrag vom 08.04.2021

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Fraktion USU-100%Uni-JNeu und der FDP auf Prüfung der „Ummelde-möglichkeiten“ für die Studenten der Universität der Bundeswehr und E-Government-Lösungen
u. A. wird **angenommen/abgelehnt und ist in einer der nächsten Sitzungen, spätestens jedoch 3 Monate nach Annahme zu behandeln.**